



Fassung der PL vom 27. Juni 2016

## **POSITIONSPAPIER «MEHR DEMOKRATIE»**

Demokratische Auseinandersetzungen sind für die SP AI ein Grundpfeiler des politischen Handelns. Sie geht von einer offenen Gesellschaft aus, die gemeinsam den politischen Alltag gestaltet und in der eine Kultur gepflegt wird, die es möglich macht, Missstände offenzulegen. Eine breite politische Vielfalt und politische Alternativen sind wichtige Bestandteile ihrer Politik. Zudem soll unsere Gesellschaft in allen Bereichen demokratisch sein – auch dort, wo ökonomische Prozesse eine wichtige Rolle spielen.

Die SP AI will mit folgenden Massnahmen zu einer Verbesserung demokratischer Partizipation und demokratischer Prozesse beitragen. Dieses Positionspapier ist ein Zusammenzug von Standpunkten aus dem Parteiprogramm und von bereits verabschiedeten Resolutionen wie auch eine Erweiterung mit neuen Ideen und Massnahmen. Es soll Grundlage für die künftige politische Arbeit und für mögliche politische Vorstösse sein.

### **1 Hinweisen auf Missstände - Whistleblowing<sup>1</sup>**

Das Veröffentlichen von Informationen aus einem geheimen oder geschützten Zusammenhang, die für die Allgemeinheit wichtig sind, wird als Whistleblowing bezeichnet. In den kleinräumigen Verhältnissen Appenzell Innerrhodens ist das Anbringen von Hinweisen auf regelwidriges Verhalten, Missstände, illegales Handeln wie Korruption schwierig. Es fehlt an einer zuständigen neutralen Anlaufstelle, wo Private wie auch Angestellte der öffentlichen Verwaltung solche Unregelmässigkeiten anbringen können.

Massnahme 1:

Für die SP AI braucht es eine unabhängige Meldestelle für Whistleblowing – am besten in Person eines kantonalen Ombudsmanns oder einer Ombudsfrau.

### **2 Ämterkumulation**

In den politischen Strukturen unseres Kleinstkantons besteht eine grosse Gefahr für enge Verflechtungen, politischen Filz und Machtkumulationen. Mit der Vermeidung von Mehrfachmandaten oder Ämteranhäufungen kann diesen Interessenskonflikten entgegengewirkt werden.

Massnahme 2:

Die SP AI unterstützt Regulierungen zur Einhaltung einer sauberen Gewalten- und Interessentrennung und zur Vermeidung einer Kumulation von öffentlichen Ämtern.

### **3 Stimm- und Wahlrecht ab 16 Jahre und für MigrantInnen<sup>2</sup>**

Durch die Einbindung und Beteiligung möglichst vieler in demokratische Entscheidungsprozesse steigt das Interesse der Menschen zum Mitgestalten des

<sup>1</sup> Resolution 2 «Zum politischen System in AI» vom 17. August 2013  
<http://www.sp.ai.ch/themen/politisches-system-appenzell-innerrhoden>

<sup>2</sup> Resolution «Für mehr Demokratie» vom 23. August 2014  
<http://www.sp.ai.ch/themen/resolution-fuer-mehr-demokratie-stimm-und-wahlrechtsalter-fuer-alle-ab-16-jahren>

gesellschaftlichen Lebens. Zudem werden mehr Ressourcen für demokratische Prozesse genutzt.

Die junge Generation der WählerInnen muss aus Sicht der SP AI Vertrauen in die Politik bekommen. Ihre Stimme ist wichtig und wertvoll. Das Stimm- und Wahlrecht ab 16 Jahren ist für junge Leute eine Möglichkeit, ihre Zukunft mitgestalten politische Verantwortung zu übernehmen, und etwas bewirken.

Gleiches gilt für MigrantInnen, die ein bedeutender Teil der arbeitenden Bevölkerung sind und damit zu einer prosperierenden Schweiz beitragen. MigrantInnen nehmen aktiver am gesellschaftspolitischen Leben teil, wenn sie über deren Angelegenheiten abstimmen dürfen. Ausserdem soll, wer hier wohnt und Steuern bezahlt, auch politisch mitbestimmen können.

Massnahme 3:

Die SP AI erklärt die Ausweitung des Stimm- und Wahlrechtes für Bewohnerinnen ab 16 Jahren unabhängig ihrer Staatszugehörigkeit auf kantonaler und kommunaler Ebene zu einem politischen Schwerpunkt. Sie erarbeitet dazu konkrete Schritte.

## **4 Versammlungsdemokratie**

### **4.1 Wahlen**

Verschiedene Prozesse an Wahlen sind nicht mehr zeitgemäss oder verhindern eine fundierte demokratische Auseinandersetzung. Zudem verhindern Wahlen, welche direkt an Versammlungen durchgeführt werden, allen Stimmberechtigten von ihrem demokratisch legitimierten Wahlrecht Gebrauch zu machen. Die einzigen Ausnahmen von brieflich durchgeführten Wahlen bilden in unserem Kanton die Nationalratswahlen, die national geregelt sind, und die Wahlen im Bezirk Oberegg. Beim aktuell in unserem Kanton angewandten Majorzwahlsystem bei Parlamentswahlen werden politische Minderheiten sowie kleine politische Gruppierungen und Parteien benachteiligt. Deshalb will die SP AI das Innerrhoder Wahlprozedere zeitgemässen Ansprüchen anpassen. Sie fordert ein Wahlsystem, das auch Minderheiten berücksichtigt.

Massnahme 4:

Ähnlich wie bei Rücktritten unterstützt die SP AI auch zur Anmeldung von Kandidaturen bei Wahlen eine Meldefrist einzuführen, die Zeit und Raum für eine fundierte Auseinandersetzung mit den Kandidierenden lässt.

Massnahme 5:

Die SP AI unterstützt in Appenzell Innerrhoden die Durchführung der Wahlen an der Urne.

Massnahme 6:

Die SP AI unterstützt Grossratswahlen in Appenzell Innerrhoden nach dem Proporzwahlsystem.

### **4.2 Abstimmungsprozedere an der Landsgemeinde**

Bei ausgeglichenen Mehrheitsverhältnissen werden die Grenzen des Handmehrs aufgezeigt. Entweder muss dann ein zeitintensives Auszählverfahren angewendet werden, bei dem das Stimmgeheimnis verletzt wird, oder der Versammlungsführer entscheidet aus eigener Wahrnehmung über die Mehrheitsverhältnisse, was demokratisch höchst fraglich ist.

Massnahme 7:

Die SP AI befürwortet an der Landsgemeinde einen Auszählmodus mit moderner Technik, um bei knappen Abstimmungsergebnissen Klarheit zu schaffen – ähnlich dem elektronischen Auszählsystem an grossen Generalversammlungen oder dem Computersystem<sup>3</sup>, das für die Glarner Landsgemeinde in Evaluation ist.

<sup>3</sup> <http://www.srf.ch/news/regional/ostschweiz/ein-computer-soll-die-stimmen-der-glarner-landsgemeinde-zaehlen>

## 5 Kantonsverfassung

Die Innerrhoder Kantonsverfassung stammt aus dem Jahre 1872<sup>4</sup>. Sie wurde mit vielen revidierten und neuen Artikeln immer wieder ergänzt. Eine Gesamtrevision und Modernisierung in einer Gesamtschau wurde jedoch noch nie vorgenommen.

Massnahme 8:

Die SP AI unterstützt einen breit abgestützten Prozess zur Gesamtrevision der Innerrhoder Kantonsverfassung.

## 6 Reglement des Grossen Rats

Das Reglement des Grossen Rats über die Organisation des Ratsbetriebs ist wenig ausdifferenziert. Es fehlen Aussagen zu wichtigen Bereichen des Geschäftsbetriebs eines Parlaments.

Massnahme 9:

Die SP AI befürwortet ein Geschäftsreglement mit ausgebauten Instrumenten zum Betrieb des Grossen Rats. Dazu gehören eine Regelung zur Offenlegung von Interessensbindung der Ratsmitglieder, ein deklariertes und geregelter Fraktionsbetrieb sowie der Ausbau von Möglichkeiten parlamentarischer Vorstösse wie Motionen und Postulate.

## 7 Wirtschaftsdemokratie

Die Wirtschaft hat im Dienste unserer Gesellschaft zu stehen und nicht umgekehrt. Dazu gehört eine umfassende Demokratisierung der ökonomischen Bereiche. Heute hat die wirtschaftliche Globalisierung regelmässig zur Folge, dass die Politik durch die Wirtschaft dominiert wird, statt, dass die Demokratie die Wirtschaft reguliert<sup>5</sup>. Eine zukunftsfähige Wirtschaft ist ökologisch solidarisch und auch demokratisch organisiert, wie sie in der Erklärung von Biel<sup>6</sup> ausgeführt wird.

Massnahme 10:

Die SP AI fördert zusammen mit der SP Schweiz Aktivitäten zur Demokratisierung der Wirtschaft.

## 8 Finanzmarkt und Demokratie

Die heutige Wirtschaftsordnung bevorzugt in beispielloser Art eine kleine Schicht von Leuten – nämlich die Besitzer grosser Kapitalvermögen – gegenüber der breiten Bevölkerung. Finanzmärkte haben eine beunruhigende Grösse und intransparente Komplexität erreicht, die es ihnen ermöglicht, ihre Macht undemokratisch auszubauen. Wie in einem Casino werden durch hochriskante Spekulationen hohe Renditen erzielt. Grossbanken leiten ihr Geld immer weniger in Investitionen der real produzierenden Wirtschaft, sondern in Wetteinsätze auf Finanzmärkten. – Und wetten sie falsch, werden sie gerettet. Grossbanken, die eine gewisse Bedeutung erreicht haben – unter dem Begriff «too big to fail» bekannt – müssen im Notfall vom Staat gestützt werden. Während der Finanzkrise 2008/2009 musste die UBS mit 68 Milliarden Franken – per Notrecht wie im Krieg – gerettet werden. Die Kosten tragen wir alle. Dies schadet der Demokratie.

Massnahme 11:

Die SP AI fördert Massnahmen, welche den Finanzsektor bändigen und ihn wieder in den Dienst unserer Wirtschaft und Gesellschaft stellen. Für die SP AI ist politische Arbeit auch Informationsarbeit. Deshalb informiert sie über die intransparenten und mächtigen Finanzmärkte, deren Funktionsstörungen und fördert mögliche demokratischere Alternativen<sup>7</sup>.

<sup>4</sup> Parteiprogramm der SP AI Pkt. 4.3: Für zeitgemässe Strukturen und Abläufe

<sup>5</sup> Parteiprogramm der SP AI Pkt. 2: Finanz- und Wirtschaftspolitik

<sup>6</sup> <https://www.sp-ps.ch/de/partei/sozialdemokratische-bewegung/erklarung-von-bielbienne>

<sup>7</sup> Beispiel: die vom Zürcher Finanzunternehmer Felix Bolliger und vom Ökonomen Marc Chesney von der Universität Zürich vorgeschlagene Mikrosteuer auf dem gesamten elektronischen Zahlungsverkehr (öffentliche Veranstaltung im Rahmen der Bildungsplattform der SP AI vom 24. November 2016)